

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verbraucherverschuldung und -überschuldung durch Kreditkartengeschäfte

Seit vielen Jahren weisen die Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände immer wieder auf die gravierenden Entwicklungen im Bereich der privaten Überschuldung hin. Ein Grund dafür ist die Zunahme von Kreditkartengeschäften bei der Aquisition von Krediten durch Konsumenten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Verschuldung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere über die Kreditkartenverschuldung vor?
2. Befürwortet die Bundesregierung aus verbraucherpolitischer Sicht eine Kopplung der Kreditkarte mit dem Kontoüberziehungskredit auf dem Lohn-, Gehalts- und Rentenkonto?
3. Liegen der Bundesregierung Informationen und Erfahrungsberichte über das im Ausland (z. B. USA, Großbritannien) praktizierte System eines eigenen Kreditzugangs über die Kreditkarte vor?
4. Sieht die Bundesregierung eine zukünftige Gefahr, daß Überschuldete mit immer neuen Karten ihre Zinsen auf Kredit bezahlen und mit faktischen Umschuldungen ihre Schuldenberge für sich und ihre Familien, aber auch für Sozialhilfe und Nichtbankengläubiger gleichermaßen schädlich auftürmen?
5. Befürwortet die Bundesregierung zusätzlich schützende Regelungen für Kreditkarten, wie es solche z. B. in Dänemark und den USA gibt?
6. Wie hat sich die generelle Verschuldung von jungen Menschen in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung die von Schuldnerberatungsstellen beklagte steigende Verstrickung junger Menschen in die „Schuldenspirale“?
7. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den unhaltbaren Zustand des vermehrten Beratungsbedarfs durch

Wohlfahrtsverbände und öffentliche Hand aufgrund der zweifelhaften Praxis der Banken zu ändern?

Bonn, den 10. Januar 1995

Halo Saibold

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion